

Amtliche Bekanntmachung



Amtsgericht Düsseldorf

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Donnerstag, 28.01.2027, 11:30 Uhr,
1. Etage, Sitzungssaal 1.102, Werdener Straße 1, 40227 Düsseldorf**

folgender Grundbesitz:

**Wohnungsgrundbuch von Oberbilk, Blatt 12883,
BV lfd. Nr. 1**

83/1.000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Oberbilk, Flur 8, Flurstück 555, Gebäude- und Freifläche, Ellerstraße 109, Größe: 391 m² verbunden mit Sondereigentum an der Wohnung im 2. Obergeschoss mit Balkon und einem Abstellraum im 1. Untergeschoss im Aufteilungsplan mit Nr. 5 bezeichnet

versteigert werden.

Die Wohnung liegt im Stadtteil Düsseldorf-Oberbilk , in einem voll unterkellerten 5geschossiges Wohnhaus sowie einem nicht unterkellerten 1geschossiger Garagenblock als Wohnungseigentumsanlage mit insgesamt 10 Wohneinheiten und 5 Garagenstellplätzen.

Das Wohnungseigentum ist durch Teilung gemäß WEG im Jahr 1997 begründet worden.

Die Eigentumswohnung Nr. 5, ist im 2. Obergeschoss rechts gelegen, mit rd. 49 m² Größe aufgeteilt in 2 Zimmer, Küche, Flur, Bad, Abstellraum, Balkon sowie ein

Kellerraum.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 19.02.2026 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

122.500,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.